

Märchenstunde im Ständerat

Von Rudolf Rechsteiner*

Der Nationalrat hat der Energiepolitik einen Kurswechsel verordnet: Die Schweiz soll keine neuen AKW mehr bauen. Die FDP hat sich im Juni der Stimme enthalten. Im Ständerat läuft es nun anders. Die Abstimmungen sind hier weniger transparent. Im Ratsplenum wird es amtlich nicht registriert; einzig ein Sitz auf der Tribüne ermöglicht freie Sicht in die kleine (Dunkel-)Kammer. Die FDP-Ständeräte Schweiger und Büttiker montieren in der Ausstiegsmotion die Notbremse. Eine kleine Nuance soll alles blockieren: Nur AKW der «heutigen Generation» sollen verboten werden, «neue Generationen» hingegen nicht. Was ist davon zu halten?

Stets wird so getan, als sei das Perpetuum mobile gleich um die nächste Ecke zu haben.

Schon immer hat es die Atombranche verstanden, phantastische Hoffnungen zu schüren: Schnelle Brüter, die mehr Brennstoff produzieren als sie verbrauchen, Hochtemperatur-, Fusions- und Thoriumreaktoren. Stets wird so getan als sei das Perpetuum mobile gleich um die nächste Ecke zu haben: sauberer Strom, sicher, unerschöpflich und fast kostenlos.

Die Realität sieht anders aus. Die amerikanische Zeitschrift «Energy Policy» belegt in mehreren Untersuchungen: Im Zeitablauf ist der Preis neuer Atomreaktoren stets gestiegen. In Frankreich und in den USA wuchsen die Kosten gar exponentiell (siehe

Grafik). Die Atomkraft gehört zu jenen seltenen Technologien, die im Zeitablauf immer teurer werden. Dabei sind die Kostenexzesse des Euroreaktors und die Korrekturen nach Fukushima noch nicht berücksichtigt.

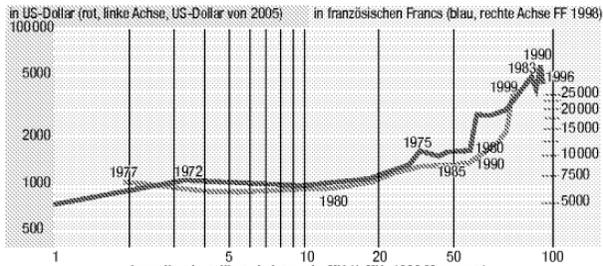
Kosten nicht sichtbar

Die meisten dieser Kosten sind in den Kostenvorschlägen unsichtbar: zum Beispiel die Atomzwischenlager, der Schutz vor Erdbeben, ganz zu schweigen von den Spätfolgen grosser Unfälle. Die kommen in den offiziellen Statistiken nirgends vor.

Die Atomlobby spricht seit Jahren von einer «Atomrenaissance». In Wirklichkeit ist die Stromerzeugung aus Atomkraft seit fünf Jahren rückläufig, weltweit. Dieser Rückgang wird sich beschleunigen. Denn Windstrom gibts an guten Tagen schon für 5 bis 8 Rappen pro Kilowattstunde, und die neu installierten Kraftwerke mit erneuerbaren Energien haben letztes Jahr erstmals jene mit nichterneuerbaren Energien überholt.

Die Schweizer Industrie kann rechnen. Sie hat sich schon lange vom nuklearen Abenteuer verabschiedet. Seit der Kernschmelze im Waadtländer Forschungsreaktor von Lucens (1969) sind Atomreaktoren made in Switzerland gestorben. Der französische Euroreaktor EPR wurde vor einigen Jahren als «neue Generation» angepriesen – innovativ, sicher und angeblich kostengünstig. Vor einer Woche war in «Le Monde» nachzulesen: Der Reaktor koste inzwischen 6 statt 3 Milliarden Euro, die französische Atomaufsicht ASN kritisiere mehrere Hundert Schwachstellen. Selbst wenn «neue Generationen» von Atomreaktoren technisch möglich sind: Niemand wird sie mehr kaufen wollen.

KOSTEN PRO KILOWATT LEISTUNG VON NEUEN FRANZÖSISCHEN UND US-AMERIKANISCHEN ATOMREAKTOREN



Quelle: Armin Gruber, The costs of the French nuclear scare-up: A case of negative learning by doing, Energy Policy, September 2014

Anstieg. Die Kosten für neue Atomreaktoren wachsen exponentiell. Grafik Buz/ren

Sie werden zu teuer und zu risikobehaftet sein. Die heutigen Forschungsbudgets sind zu mager, um neue Reaktorgenerationen zur Marktreife zu bringen, und mit dem Aufbruch zu den erneuerbaren Energien werden sie weiter erodieren.

Vor diesem Hintergrund sollte man sich nicht zu sehr ängsten vor den Hintertüren des Ständerats. Das Parlamentsgesetz sieht für Motionen keine Differenzvereinbarung vor. Würde der Ständerat den vorgeschlagenen Atomausstieg kompromisslos ablehnen, wäre ein Scherbenhaufen die Folge. Ein Totalabsturz ist aber offenbar nicht geplant, jedenfalls nicht vor den Wahlen. Und manchen geht es vielleicht bloss darum, das Gesicht zu wahren. Wenn die Tür auch nur einen kleinen Spalt breit offen steht: Nie zuvor hat sich der Bundesrat gegen Atomkraftwerke und für erneuerbare Energien ausgesprochen.

Auch die ständerätliche Motion stoppt die laufenden Bewilligungsverfahren und verpflichtet den Bundesrat, den Ausstieg vorzubereiten. Dies könnte zu einer weiteren Deblockierung der Einspeisevergütungen führen, denn die Einsicht wächst, dass die Alibiübungen der Elektrizitätswerke mit Ökostrom nichts bringen. Gleichzeitig bleiben die gesetzlichen Hürden gegen neue AKW hoch: jahrelange Bewilligungsverfahren und am Ende das Referendum. Der Nationalrat hat nur eine Option: Nase zuhalten und durch!



* Rudolf Rechsteiner (1958) ist Ökonom und war Nationalrat (BS, SP) von 1995 bis 2010.